

Leserbrief von Thomas Brändle:

„Nationalökonom Peter Bernholz sympathisiert mit der Vollgeld-Initiative, lehnt sie aber ab.“ Er wirft den Initianten vor, sie betonten die Vorteile und unterschlugen die Nachteile. Als Nachteil thematisiert er eine mögliche Verteuerung der Verwaltungskosten für Transaktionen. Diese werden teurer, da hat er Recht, aber das wurden sie bis anhin auch ohne Vollgeld. Dies als Kontra gegen die Einführung eines Vollgeldsystems anzuführen, ist doch etwas gar dürftig. Als zweiten und bereits letzten Nachteil führt er die Übergangsfrist von 15 Jahren an, in der die Guthaben der Banken neu in Schulden gegenüber der Nationalbank überführt werden. Dies käme einer Steuer gleich, sagt er fälschlicher Weise. Auch dieser Vergleich ist zudem ein wenig unredlich. Immerhin durften die Geschäftsbanken die letzten Jahrzehnte selber Geld herstellen, wodurch der SNB, dem Bund und den Kantonen ein Geldschöpfungsgewinn (Seigniorage) von etlichen Milliarden Franken entging (womit heute die grotesken Bussen und Boni bezahlt werden?). Im Übrigen ist die Vollgeld-Initiative keine Revolution. Im Gegenteil beendet sie ein Geld-Experiment, das vor rund 40 Jahren begann. Schon einmal nach einer von privaten Geschäftsbanken verursachten Finanzkrise hat das Schweizer Volk darüber befunden, wer im Land das Geld produzieren darf. Daraus resultierte das Banknotenmonopol von 1891, wie der Autor des Artikels Daniel Klingenberg korrekterweise schreibt. Heute geht es natürlich nicht mehr ums Papiergeld, sondern um das elektronische Buchgeld. Der Wechsel zu einem Vollgeldsystem täte den Finanzplatz sowie den Werkplatz Schweiz enorm stärken. Banken wären anderen Marktteilnehmer wieder gleichgestellt und könnten Pleite gehen ohne den Sparer oder den Steuerzahler zu schädigen. In einem Vollgeldsystem braucht es auch keine Staatsgarantie mehr oder andere Formen der Subventionierung. Die Vollgeld-Idee mag kalter Kaffee aus den 30er Jahren sein, aber man hätte ihn damals eben trinken müssen, so lange er noch heiss war. Das heutige, sogenannt fraktionale Reservesystem hat in den vergangenen Jahrzehnten Hunderte Blasen, Krisen und Staatsbankrotte produziert. Wenn die Avenir Suisse nun sagt, man solle nicht an den (verfassungswidrigen!) „Grundfesten der Geldordnung“ rütteln, dann sollte sie ihre Tätigkeit vielleicht besser auf die Erdbebenforschung verlagern. Das Land, seine wertschöpfende Wirtschaft und wir Schweizerinnen und Schweizer verdienen ein Finanz- und Bankensystem, welches uns dient – nicht uns bedroht.

Thomas Brändle, Mitinitiant www.vollgeld-initiative.ch